

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 1. März 1924.

Mietstreitigkeiten im Jänner. Gegenüber den Monaten November und Dezember 1923 weist der Monat Jänner wieder eine Steigerung der bei den Schlichtungsstellen der Gemeinde Wien eingebrachten Anträge auf. Der Jänner verzeichnet 1139 Einlaufstücke, im Monat November wurden 1107, im Dezember 875 Anträge gezählt. Von den 1139 Fällen beziehen sich 453 auf die Erhöhung des Instandhaltungszinses, 186 auf die Ueberprüfung der Betriebskosten, 314 betreffen die Festsetzung des Entgeltes bei Untermieten und 186 Anträge beziehen sich auf sonstige Streitfälle. Seit Bestehen der Schlichtungsstellen weist der zweite Bezirk den stärksten Einlauf auf, besonders die Streitfälle wegen des Entgeltes bei Untermieten sind in diesem Bezirk unverhältnismäßig größer als in anderen Bezirken, die dem zweiten an Einwohnerzahl und Anzahl der Häuser gleichkommen oder sogar übertreffen. Vielleicht ist der Grund für diese auffallende Erscheinung darin zu suchen, daß die Leopoldstadt der Bezirk sein dürfte, dessen Bevölkerung am weitesten entfernt ist von dem einheitlichen Gepräge, das die meisten anderen Bezirke aufweisen. Es vereinigen sich dort eben alle sozialen Schichtungen der Bevölkerung, wie auch die verbauten Teile des Praters schon äußerlich einen Charakter aufweisen, der gänzlich verschieden ist von dem des Kaiviertels oder von den Bezirksteilen, die an den 20. Bezirk grenzen.

Mit der Verteilung der Wohnungen ihrer Größe nach hängt offenbar der Umstand zusammen, daß Streitfälle nach § 16 des Mietengesetzes (Mietzins bei Untermieten) häufiger überhaupt nur in den Innenbezirken vorkommen, in den äußeren Bezirken dagegen mit Ausnahme des 13. und 14. Bezirkes nur eine unbedeutende Rolle spielen. Die dichtbewohnten Kleinwohnungen in den äußeren Bezirken haben eben keinen Platz für Untermieter.

Im Berichtsmonate haben die Schlichtungsstellen 425 Anträge im Wege der Vergleiches geregelt, in 640 Fällen mussten die Vorentscheidungen treffen. 145 Anträge wurden wegen Unzuständigkeit abgewiesen oder zurückgezogen. Der Rückstand der im Berichtsmonate unerledigt gebliebenen Anträge hat sich gegenüber dem Vormonate von 614 auf 543 verringert, trotzdem ein bedeutend stärkerer Einlauf zu verzeichnen war.

Von den Anträgen auf Erhöhung des Instandhaltungszinses kamen in 131 Fällen Vereinbarungen zustande, wonach die Mieter eine Leistung außerhalb des normalen Instandhaltungszinses übernahmen, ohne daß eine Erhöhung desselben auf ein Vielfaches erforderlich war. Bei 289 Anträgen wurde eine Erhöhung des Instandhaltungszinses vereinbart oder zugestimmt und zwar beliefen sich 30 Erhöhungen bis zum 200fachen, 145 bis zum 500fachen, 76 bis zum 1000fachen Friedenszins hinaus. 68 Anträge auf Erhöhung des Instandhaltungszinses wurden von den Schlichtungsstellen abgelehnt.

Die Wohnungen im früheren Handelsministerium. Wie das Wohnungsamt der Stadt Wien erfahren hat, werden die bisherigen Amtsräume des Bundesministeriums für Handel und Verkehr in der Porzellangasse in 70 Wohnungen umgestaltet und vom Ersparungskommissär der Bundesregierung im Einvernehmen mit diesem Ministerium an Bundesangestellte vergeben. Das Wohnungsamt hat dem Ersparungskommissär der Bundesregierung eine Liste der beim Wohnungsamte der Stadt Wien in der Notstands- und Kontingentliste vorgezeichneten Bundesangestellten mit dem Ersuchen überreicht, bei der Vergabe der neuerstellten Wohnungen dahin zu wirken, daß die vom Wohnungsamt der Stadt Wien vorgeschlagenen Bundesangestellten in erster Linie berücksichtigt werden.

Entfallende Sprechstunde. Am Montag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Siegel.

Aus dem Rathause. In der kommenden Woche findet eine Sitzung des Stadtseminars am Dienstag, den 4. März um 10 Uhr vormittags statt. Der Gemeinderat hält am Freitag, den 7. März um 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 1. März 1924. Abendausgabe.

.....
Die Angelobung der Fürsorgeräte. Die Wahl der Fürsorgeräte ist in den letzten Wochen in allen Wiener Bezirken vollzogen worden und heute nachmittags nahm Bürgermeister Seitz im Festsaal des Rathauses die Angelobung der freiwilligen Helfer und Helferinnen an dem grossen Fürsorgewerk der Stadtverwaltung vor. Da ungefähr fünftausend Männer und Frauen gewählt worden waren, musste die Angelobung in zwei Gruppen vorgenommen werden. An der Feier nahmen auch Vizebürgermeister Hoss und amtsführender Stadtrat Professor Tandler, sowie die leitenden Beamten der städtischen Fürsorgeabteilung teil. Bürgermeister Seitz hielt vor der Angelobung an die Versammelten folgende Ansprache:

Sie sind berufen worden als Fürsorgeräte der Gemeinde Wien zu dienen und haben diesen Ruf angenommen. Man hat Sie früher „Armenräte“ genannt. Man hat ^{dann} aber nicht nur den Namen geändert, sondern die Sache. Der Armenrat von damals war ein Mann, der im Namen der Gesellschaft an den Armen Patronage übte. Der Arme galt als Deklassierter, als Mensch, der nicht vollwertig zur Gesellschaft gehörte, sondern den die Gesellschaft betreute. Das soll kein Vorwurf sein. Von der Armenverwaltung aus Maria Theresia's Zeiten bis heute liegt eine ungeheure Entwicklung, aber in jeder Phase dieser historischen Entwicklung haben die Funktionäre ihre Pflicht erfüllt. Wenn Sie in dieser harten Zeit an das Amt herantreten und jene betreuen, die durch das Unglück in eine dauernde oder momentane Not geraten sind, so müssen Sie sich vor Augen halten, dass die Ereignisse des letzten Dezenniums eine ungeheure Umwälzung unserer Volkswirtschaft und damit der sozialen Lage bewirkt haben, dass wir heute staunend sehen, wie Menschen, die noch vor zehn Jahren in den dürftigsten und kläglichsten Verhältnissen gelebt haben, heute im Reichtum schwelgen, während viele andere, die seinerzeit im Reichtum geschwelgt haben, sich heute in der dürftigsten Lage befinden und der öffentlichen Fürsorge bedürfen. Wir müssen uns weiter vor Augen halten, dass die grosse Masse der befürsorgten Menschen ein Leben voll schwerer und harter Arbeit für die Gesellschaft hinter sich hat und dass die Gesellschaft daher verpflichtet ist, nicht etwa ein Almosen zu geben, sondern einen Lohn, ein Äquivalent für geleistete Lebensarbeit. Wir haben aber noch eine zweite Gruppe, die vor allem nicht als Almosenempfänger betreut werden darf, das sind die Kinder. Sie sind das einzige Kapital, das unsere Gesellschaft heute besitzt. Wir sind arm an Schätzen, aber wir haben uns noch bewahrt die innerste Kraft und Widerstandsfähigkeit, den inneren Reichtum unseres Volkes. Dieser Schatz dieses Kapital liegt in unseren Kindern und wir haben die Pflicht, dieses Kapital zu betreuen und gross zu machen. Die Gemeinde hat diese Pflicht ganz besonders dort, wo die natürlichen Hüter des Kapitals, die Eltern fehlen. Sie meine geehrten Frauen und Männer, werden diesen Kindern Väter und Mütter sein. Jedes dieser Kinder ist ein reiches Kapital. Wir haben in Wien ungefähr fünftausend Männer und Frauen, die sich diesem Amte widmen. Es ist der höchste Rang unter allen Funktionen, der einem demokratisch gewählten Fürsorgerat zukommt. Den Menschen, die die heranwachsende Jugend betreuen und aufbauen, das bedürftige Alter un-

terstützen, die den Mann und die Frau der Arbeit, wenn sie Hilfe suchen, aufrichten, gebührt unser Dank. Ihr Amt ist eines der schwersten. Wir vertrauen auf Sie, dass Sie es mit aller Hingabe und mit jener Liebe ausüben, die dem Wienern eigen ist. Ich ehre und achte jeden, der aus einer Erkenntnis, die er im harten Ringen, oft mit sich selbst, geschöpft hat, sich mit der vollen Glut seines Herzens einer politischen Idee hingibt. Aber an der Schwelle des Fürsorgeamtes muss jede Parteipolitik aufhören (Lebhafter Beifall). In dem Augenblick, wo der Angehörige einer Partei als Fürsorgerat zu einem Unglücklichen kommt, kann er nicht fragen, welcher Partei gehörst Du an? Ich hoffe und rechne damit, dass Sie als Wiener in der Ausübung ihres schweren Amtes unparteiisch vorgehen werden. Wir haben in den letzten Jahren eine grosszügige Organisation der Fürsorge aufgebaut. An der Spitze steht ein Mann, der bei allen Parteien des Gemeinderates allgemein geachtet ist und dem Freund und Feind zubilligen, dass er in seinem Amt nur den Menschen und nichts als den Menschen kennt. An seiner Seite steht ein Stab von Beamten, der Hervorragendes leistet. Aber diese Beamten selbst sagen, dass es ein Fehler wäre, die öffentliche Fürsorge nur durch Beamte allein führen zu lassen. Sie sind sich bewusst, dass sie der Mithilfe der Männer und Frauen aus dem Volke bedürfen. Hoffen wir, dass das innige Zusammenwirken von Beamten und Gewählten gute Früchte trägt für unser liebes Wien, für seine Waisen und seine Greise.

Die Worte des Bürgermeisters lösten stürmischen Beifall aus. Es wurde sodann die Angelobung vorgenommen.

.....